

# flüchtlingsrat hamburg

## Offenes Plenum für antirassistische Arbeit

Hamburg, den 28.04.2005

### Presseerklärung zu den geplanten Massenabschiebungen nach Afghanistan

Flüchtlingsrat Hamburg e.V.

Nernstweg 32-34, 3. Stock, 22765 Hamburg

Tel: (040) 43 15 87, Fax: (040) 430 44 90

[info@fluechtlingsrat-hamburg.de](mailto:info@fluechtlingsrat-hamburg.de)

[www.fluechtlingsrat-hamburg.de](http://www.fluechtlingsrat-hamburg.de)

Bürozeiten: Di und Do 10.00 – 12.00 | 17.00 – 19.00

Der Flüchtlingsrat Hamburg verurteilt aufs Schärfste die geplante Abschiebung von mindestens fünftausend der ca. 15.000 in Hamburg lebenden AfghanInnen. Bereits ab Mai 2005 sollen mehrere hundert alleinstehende Männer zwischen 18 und 60 abgeschoben werden. Unter diesen sind viele, die als minderjährige unbegleitete Flüchtlinge, d.h. ohne ihre Eltern, eingereist sind und die auch in Afghanistan keine Familie mehr haben. Sie werden hier aus Schule oder Ausbildung herausgerissen und sind nach einer Rückkehr völlig auf sich allein gestellt und ohne berufliche Perspektive.

Selbst das Auswärtige Amt hält in seinem Bericht vom 3.11.04 eine Rückkehr nach Afghanistan „nicht ohne Risiko für Leib und Leben für möglich.“ Innensenator Nagel und seine „Hofberichterstatteerin“ Kristina Johrde versuchen den HamburgerInnen Sand in die Augen zu streuen. Herr Nagel: „Die Sicherheit der rückkehrenden Flüchtlinge ist gewährleistet. Im größten Teil des Landes, vor allem in der Hauptstadt Kabul, besteht für die Rückkehrer keine direkte Gefahr mehr für Leib und Leben.“ (HA 21.4.2005). Kabul, einst für 913000 EinwohnerInnen (1979) konzipiert, beherbergt inzwischen 4 Millionen Menschen. Selbst eine intakte Versorgungsinfrastruktur ((Ab-)Wasser, Strom) wäre auf Dauer überlastet und würde irgendwann zusammenbrechen. In Kabul wie in Rest-Afghanistan herrschten aber in den letzten 25 Jahren kriegerische Auseinandersetzungen und die meisten Gebäude sind nur noch Ruinen.

Da dieses Vorpreschen Hamburgs - die anderen Bundesländer werden ihr Vorgehen auf der nächsten Innenministerkonferenz im Juni abstimmen - leider kein Einzelfall, sondern die Regel ist, wollen wir drei weitere äußerst fragwürdige bis rechtswidrige Vorgehensweisen in Erinnerung bringen.

#### Delegationsanhörungen Guinea

Vom 7.-18.3.2005 fanden in der Hamburger Ausländerbehörde Anhörungen zum Zwecke der Nationalitätsfeststellungen vermeintlicher guineischer StaatsbürgerInnen statt, um ihre Abschiebung zu ermöglichen. Die Legitimation, der Einreisestatus sowie die Identitäten der Delegation sind bis heute unklar. Die guineische Botschaft, deren Aufgabe die Ausstellung von Personalpapieren eigentlich ist, entsendete keine/n ihrer MitarbeiterInnen in die Hamburger Delegation. Ein Hamburger Rechtsanwalt, der seinen Mandanten zur Anhörung begleitete, fühlte sich in der Ausländerbehörde in eine „südamerikanische Militärdiktatur“ versetzt.

#### Abschiebungen mit dem EU-Standardreisepapier

Die Hamburger Ausländerbehörde schob in den vergangenen Monaten Flüchtlinge in verschiedene Länder (u.a. Burkina Faso; Benin, Tschad, Sierra Leone, Burundi) mit einem von ihr selbst erstellten und unterschriebenen Reisedokument ab. Von Burkina Faso wissen wir, dass weder die burkinische Botschaft noch der für Einwanderung zuständige Minister das o.g. Papier zur Einreise akzeptieren. Da es „erfolgreiche“ Abschiebungen nach Burkina Faso mit diesem Papier gab, müssen MitarbeiterInnen der Ausländerbehörde in Burkina Faso Beamte „gefunden“ haben, die dieses Papier trotzdem akzeptieren. Eine leitende Mitarbeiterin der Abteilung „Rückführungen Afrika“ hält sich bekanntermaßen des öfteren in Westafrika auf.

#### Regelmäßige Abschiebungen nach Serbien-Montenegro

In den letzten Wochen kam es häufiger vor, dass Flüchtlinge, die ihre Duldung verlängern wollten, in der Ausländerbehörde festgenommen wurden und sich kurze Zeit später in einem Zubringerbus zum Flughafen Düsseldorf bzw. Frankfurt/M. wiederfanden, ohne ihre Angehörigen oder RechtsanwältInnen noch informieren zu können. Begleitpersonen wurden gebeten, zu „warten“, ohne dass man sie von der bevorstehenden Abschiebung informierte.

**Zur Information und Diskussion über die Hamburger Abschiebungen laden wir Sie ein:**

- zur Pressekonferenz am 2.Mai 2005 um 12.00 Uhr in die Räume der GAL-Bürgerschaftsfraktion im Hamburger Rathaus sowie
- zur Veranstaltung „Abschiebung nach Afghanistan? Ohne Ausbildung – Ohne Sicherheit – Ohne Zukunft?“ am 2.Mai 2005 um 19.30 Uhr ins Curiohaus, Raum ABC(Hinterhaus).